

A2 Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!

Gremium: Bundesvorstand Grüne Jugend
Beschlussdatum: 18.11.2022
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Der dritte Dürresommer in Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt, so
2 viele Waldbrände in Europa in einem Jahr wie seit Beginn der Aufzeichnungen,
3 tödliche Fluten in Pakistan: Die katastrophalen Folgen der Klimaerwärmung sind
4 schon jetzt tagtäglich und überall auf der Welt spürbar. Bereits jetzt hat sich
5 das Klima um 1,1 C° erwärmt. Aktuell steuern wir auf eine Erwärmung von ca. 4 C°
6 zu und damit auf noch weitaus dramatischere Folgen für Menschen, Natur und den
7 Planeten.

8 Bisher getroffene Zusagen für den Klimaschutz werden – national wie
9 international – nicht eingehalten - und damit sind wir von der Umsetzung des
10 Pariser Klimaabkommens noch meilenweit entfernt. Doch machen wir uns nichts vor:
11 Selbst das Einhalten des dort vereinbarten 1,5-Grad Limits wird zu einer
12 massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen führen.
13 Die jetzt schon menschenunwürdige Situation der weltweiten Ernährungssicherheit
14 und -souveränität wird sich noch weiter verschlechtern. Denn auch bei der
15 Einhaltung der bisherigen Klimaziele können klimatische Kipppunkte überschritten
16 werden - mit völlig unkontrollierbaren Folgen. Klimaschutz ist deshalb
17 notwendige Voraussetzung für ein würdiges Leben aller Menschen.

18 Es ist daher gerade so notwendig, wie vielleicht noch nie, politisch zu handeln.
19 Doch statt eines konsequenten Umsteuerns erleben wir politisches Versagen. Auch
20 Deutschland hat es bis jetzt noch kein einziges Mal durch politische Maßnahmen
21 geschafft, die ohnehin viel zu ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Jahr für
22 Jahr werden die notwendigen CO₂-Einsparungen nicht erreicht, was vor allem am
23 Stillstand im Bausektor, der Blockade im Verkehrsbereich und der viel zu
24 umfangreichen Verstromung von Kohle und Gas liegt. Auch umfassende Pakete zum
25 Ausbau der Erneuerbaren, ein immer noch viel zu teures 49€-Ticket und etwas mehr
26 Geld für die Schiene können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle
27 Energiekrise durch den Bau von neuen LNG-Terminals und zusätzlicher
28 Kohleverstromung eher zu einem fossilen Backlash als zu einem wirklichen
29 Klimaaufbruch führt. So droht Deutschland, auch die Klimaziele 2030 krachend zu
30 verfehlen.

31 **Im Namen unserer Zukunft: tax the rich**

32 Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von
33 Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Von
34 1990 bis 2015 hat das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr als doppelt so
35 viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent zusammen. Um das 1,5-
36 Grad-Ziel zu erreichen, müssten die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung
37 ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel reduzieren.
38 Zudem sind gerade einmal 100 Konzerne für 70% des weltweiten CO2-Ausstoß
39 verantwortlich. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen
40 abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften immer wieder erzählt, dass
41 ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise
42 verantwortlich sind.

43 Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten
44 und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht
45 mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von
46 Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie
47 international.

48 **Das Versagen hat System: Klimagerechtigkeit ist Systemfrage**

49 Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf
50 individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die
51 systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.

52 Solange wir uns die Politik von fossilen Konzernen diktieren lassen, wird es
53 keine Klimagerechtigkeit geben. Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so
54 deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile
55 Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie
56 begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von
57 Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem
58 zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen
59 nötig machen. Weil die Tagebaue und Gasfelder in der Hand von Konzernen liegen,
60 können diese darüber entscheiden, was mit ihnen geschieht – und diese
61 entscheiden sich für den profitabelsten Weg. Somit sind für das Klima
62 entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen.

63 Fossile Konzerne machen Milliardenengeschäfte mit dem Verheizen unseres Klimas –
64 und investieren viel dafür, dass das auch so bleibt. Es sind zahlreiche
65 Beispiele bekannt, in denen Konzerne – oft erfolgreich – versuchen, die
66 Klimapolitik von Regierungen zu beeinflussen: Sie erkämpfen
67 Milliardensubventionen für die Kohleförderung, schreiben an Gesetzen mit - wie
68 zuletzt bei der Gasumlage - oder schafften zweifelhafte Grundlagen für
69 politische Entscheidungen durch fragwürdige Gutachten, wie zuletzt in Lützerath.

70 Aber nicht nur an der Energieerzeugung, sondern auch an der Weiterverteilung von
71 Energie lässt sich zeigen, warum an einer gewinnorientierten Organisation
72 unserer Energieversorgung Einzelne gewinnen und viele verlieren: Durch eine
73 Liberalisierung des Strommarktes und hohen Spardruck der strukturell
74 unterfinanzierten Kommunen kam es in den letzten 20 Jahren zu immer mehr
75 Privatisierungen von Energienetzen. Notwendige Investitionen wurden verschleppt,
76 Profite landeten auf den Konten der Konzerne und schlussendlich stiegen die
77 Energiepreise für alle. Solange Profitbestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden
78 Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt
79 stehen.

80 **Vergesellschaftung statt Profitdruck**

81 Dass wir leider noch weit von einer solidarischen, klimaneutralen
82 Energieerzeugung entfernt sind, haben wir zuletzt an den Entscheidungen um
83 Lützerath gesehen. Wie darauf aber eine gerechte Antwort aussehen könnte, ist
84 offensichtlich: Wenn mit RWE in Sachen Lützerath nicht mehr verhandelt werden
85 kann, dann müssen wir über RWE verhandeln - und das geht nur mit
86 Vergesellschaftung! Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von
87 Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE
88 deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden,
89 während Gewinne weiter privatisiert werden, ist zwar nichts Neues, bleibt aber
90 ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit
91 einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft. Die Energieversorgung
92 gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die öffentliche Hand, damit ihr
93 Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird.

94 Dabei müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich
95 wie viel Energie benötigt wird – und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so
96 viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht
97 darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen -
98 sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer
99 profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

100 **Für die notwendigen Antworten: Eigentumsfragen stellen!**

101 Wir können daher nicht im Klein-Klein bleiben und mit etwas mehr, aber immer
102 noch viel zu wenig Klimaschutz zufrieden sein. Die notwendigen Antworten auf die
103 Klimakrise können wir nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Es reicht
104 schlichtweg nicht, sich nur mit einzelnen Maßnahmen oder gesetzlichen
105 Ausgestaltungen zu beschäftigen: Jede Regierung und jede Partei – auch die
106 Grünen – werden an der Bewältigung der Klimakrise scheitern, wenn sie den
107 Einfluss unseres Wirtschaftssystems auf die Klimakrise ausblenden und sich nicht
108 trauen, diese zu problematisieren. Wir müssen das auf Profitmaximierung
109 bestehende System überwinden, um Klimagerechtigkeit Realität werden zu lassen.

110 **Solidarisch als Teil der Klimabewegung**

111 Seit Jahren formiert sich daher Protest gegen eine Klimapolitik des
112 Verschiebens, Verwässerns und Blockierens – gegen eine Klimapolitik, die das
113 Problem nicht an der Wurzel anpackt. Nachdem die Klimabewegung anfänglich hohe
114 Erwartungen an die Ampel-Regierung hatte, zeigen sich nun immer mehr
115 Aktivist*innen enttäuscht darüber, dass selbst nahezu kostenlose und extrem
116 leicht umzusetzende Maßnahmen wie ein Tempolimit nicht ergriffen werden –
117 geschweige denn von wirklichen systematischen Veränderungen.

118 Als Teil der Klimabewegung teilen wir den Frust und die Enttäuschung über die
119 aktuelle, leider immer noch viel zu ambitionslose Klimapolitik. Wir wollen daher
120 dazu beitragen, Strategien und Aktionsformen zu finden, die es schaffen, breite
121 Teile der Gesellschaft für den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten zu
122 gewinnen und gleichzeitig diejenigen anzugreifen, die im großen Stil für den
123 Ausstoß von Treibhausgasen und deren Regulation verantwortlich sind.

124 Ziviler Ungehorsam war, ist und wird für uns dabei immer ein notwendiges Mittel
125 der Auseinandersetzung sein. Dass Aktivist*innen, wie etwa in Bayern, nun mit
126 bis zu 30 Tagen Präventivhaft belegt werden, ist für uns vollkommen maßlos und
127 bricht zudem mit fundamentalen Rechtsstaatsprinzipien. Ähnlich absurd ist, dass
128 sich die öffentliche Debatte nun ausschließlich um die Frage dreht, wie sehr
129 sich die Klimabewegung radikalisiert habe, während die Klimakrise und dessen
130 Folgen von Tag zu Tag dramatischer werden.

131 **Zeit für einen klimagerechten, linken Machtaufbau - international!**

132 Solange wir uns die Klimapolitik von (fossilen) Konzernen diktieren lassen, wird
133 es keine Klimagerechtigkeit geben. Es braucht eine Kehrtwende in der
134 Klimapolitik, in der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt
135 werden: Eine günstige Energieversorgung, kostenfreie Mobilität für alle,
136 bezahlbares und solidarisches Wohnen ist ebenso machbar wie ein
137 krisenresistentes, gerechtes und ökologisches Landwirtschaftssystem. Als Grüne
138 Jugend werden wir daher Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage in den
139 Fokus unserer Arbeit rücken. Wir werden einerseits Initiativen wie „RWE
140 enteignen“ unterstützen und andererseits als Teil der Klimabewegung zu einem
141 linken Machtaufbau der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Arbeiter*innen,
142 Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft beitragen - weltweit.

143 Unerlässlich dafür wird es sein, durch eine solidarische, internationale
144 Klimapolitik eine gerechte Welt zu erstreiten. Denn Klimagerechtigkeit gibt es
145 nur global. Notwendige Voraussetzung dafür ist es, das fossile Zeitalter global
146 schnellstmöglich zu beenden - nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern
147 global. Dafür dürfen keine weiteren, neuen fossilen Projekte im Ausland, wie
148 zuletzt in Südafrika oder im Senegal finanziert werden, sondern Erneuerbare

149 Projekte unterstützt werden.

150 Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen die Menschen mit ihren
151 Bedürfnissen stehen - nicht die Profite von Konzernen. Gemeinsam mit den vielen
152 Menschen, die von einer klimagerechten Welt profitieren und auf diese für ihr
153 weiteres Leben angewiesen sind, wollen wir systematische Veränderungen
154 erstreiten.

155 Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.